

10. Motion von Petra Merz, Patrick Siegenthaler vom 3. Mai 2023 "Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit" (20/MO 44/500)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Das Wort haben zuerst die Motionärin und der Motionär.

Petra Merz-Helg, Die Mitte/EVP: Vielen Dank für die Beantwortung. Wir stimmen nicht allen Aussagen in der Beantwortung zu. In der Volksabstimmung vom 27. September 2020 wurden zwei Wochen Vaterschaftsurlaub mit einem Mehr von über 60 % Ja-Stimmen angenommen und bald darauf auch umgesetzt. Dies ist ein kleiner Schritt zur Gleichstellung von Mann und Frau. Er ist jedoch bei Weitem nicht genügend. 87.5 % der Elternzeit ist für die Mutter und nur deren 12.5 % für den Vater vorgesehen. Diese Aufteilung entspricht weder einem modernen Familienbild noch einem attraktiven Arbeitsplatz. Frauen sind für die Wirtschaft immer noch weniger attraktiv. Dies verhindert, dass der Vater mehr Verantwortung in der Erziehung und im Haushalt übernehmen kann. Durch die Einführung einer angemessenen Elternzeit bei beidseitiger Erwerbstätigkeit kann die Erwerbsquote von Frauen gesteigert sowie die Benachteiligung von Frauen im Arbeitsmarkt bei Einstellungs- und Beförderungsentscheiden verhindert werden. Der internationale Vergleich zeigt, dass in fast allen europäischen Ländern die bezahlte Elternzeit sehr viel länger ist als in der Schweiz. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist eine bezahlte, längere Elternzeit sehr viel attraktiver. Eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für berufstätige Eltern ist auch ein nachhaltiges Mittel, die Wirtschaft mit Fachkräften zu stärken. Es ist nun Zeit für eine mehrheitsfähige nationale Lösung. Will die Schweiz international mithalten und dem Fachkräftemangel entgegenwirken, dann muss sie in eine moderne Familienpolitik investieren. Zum Punkt der paritätischen Elternzeit, wie in der Beantwortung erwähnt: Eine paritätische Elternzeit mit gleich langem Elternurlaub wäre durchaus ein Traum. Wir schauen der Realität ins Auge, und eine 28-wöchige Elternzeit hätte keine Chance. Der Grund, warum wir den Mutterschaftsurlaub nicht kürzen wollen, ist der Schutz der Gesundheit der Frau. Sie hat eine Schwangerschaft und eine Geburt hinter sich. Dies fordert den Körper extrem. Die ersten acht Wochen ist die Mutter noch im Wochenbett. Vieles muss sich zurückbilden. Medizinisch gesehen ist das Wochenbett auch eine Zeit der Prävention gegen spätere Inkontinenz. Gynäkologinnen empfehlen deshalb: liegen, liegen, liegen; damit sich die Gebärmutter und der Beckenboden richtig zurückbilden. Zur Finanzierung: Es ist wichtig, die Finanzierungsfrage ganzheitlich zu betrachten. Elternzeit kann nämlich auch zu Einsparungen führen. Studien zeigen, dass eine Elternzeit in der ersten Zeit nach der Geburt zu einer Verbesserung der psychischen Gesundheit der Mütter und zu einer höheren Lebenszufriedenheit führt. Das wirkt sich letztlich auf die Gesundheitskosten aus. Andererseits erhöht sich die Erwerbstätigkeit

von Müttern, was sich positiv auf die Sozialwerke auswirkt. Zudem wird die volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität durch die Elternzeit erhöht. Die Ausgaben des Staates lassen sich bereits bei einer geringen Erhöhung der Erwerbstätigkeit der Mütter dank höheren Steuerbeiträgen kompensieren. Modellrechnungen aus der Europäischen Union (EU) ergeben, dass eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit um 1 % bereits genügend Steuereinnahmen generiert, um eine zu 100 % entschädigte Elternzeit von bis zu 20 Wochen zu kompensieren. Gemäss einer 2018 durchgeführten Studie von Sozialer Sicherheit CHSS bewegt sich für knapp die Hälfte der befragten Mütter – und überdurchschnittlich oft für solche mit höherer Ausbildung – die Dauer der Auszeit nach der Geburt über dem gesetzlichen Anspruch, also mittels unbezahlten Urlaubs und Ferienbezug. Investitionen fallen also bereits heute an, allerdings auf individueller Ebene. Durch die Einführung einer angemessenen Elternzeit kann die Erwerbsquote von Frauen gesteigert und die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verringert werden. Eine stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt verbessert die finanzielle Unabhängigkeit und die Rentenleistungen und ist zudem eine gute Massnahme gegen den wachsenden Fachkräftemangel in der Schweiz. Beide Elternteile sollten die restlichen Anteile der Elternzeit flexibel beziehen können. Eine flexible Bezugsmöglichkeit ermöglicht individuell angepasste Lösungen, was den Eltern sowie auch den Arbeitgebern zugutekommt. Ein teilzeitlicher Wiedereinstieg in den Erwerbsprozess sollte möglich sein. Eltern sollten Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, wie sie sich beruflich und familiär organisieren können. Länger zuhause bleiben zu können nach der Geburt ist ebenso elementar, wie möglichst einfach wieder in den Beruf zurückzukehren. Die Schweiz sollte sich als fortschrittliches Land präsentieren, das den Wert der Familie erkennt und gleichzeitig die Notwendigkeit einer modernen Arbeitswelt versteht. Diese Initiative ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Fraktion Die Mitte/EVP erachtet diese Initiative als sehr wichtig, denn sie steht ein für eine moderne, wirtschaftsfreundliche und – das ist der springende Punkt – nationale Elternzeit. Setzen wir ein Zeichen nach Bern, damit sich dort endlich etwas tut.

Diskussion

Simon Weilenmann, GRÜNE: Verbesserungen in der Familienpolitik, sprich Forderungen nach einer Elternzeit, haben es in der Schweiz schwer. Obwohl stets erwähnt wird, dass Gleichstellung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig seien, überwiegt am Ende das Kostenargument. Auch diese Standesinitiative, eine Kompromisslösung, die lediglich vier Wochen mehr Zeit für Eltern nach einer Geburt fordert – also eine Mini-Elternzeit für die Schweiz – wird heute eher chancenlos bleiben. Die GRÜNE-Fraktion steht klar für eine fortschrittliche Familienpolitik und für Gleichstellung. Sie unterstützt auch die heutige Motion, obwohl sie nur eine minimale Verbesserung bedeutet. Persön-

lich kenne ich das Spannungsfeld gut zwischen dem Vatersein, der Mitorganisation eines Haushaltes und der Führung eines selbstständigen Betriebes. Das ist eine Herausforderung, die viel Flexibilität verlangt. Der Beruf braucht viel Planung, Einsatz und Weitsicht. Die Kinder, besonders die kleinen, brauchen viel Fürsorge und Zeit. Diese Flexibilität, welche berufstätige Mütter und Väter aufbringen, braucht es vermehrt auch von den Arbeitgebenden und der Wirtschaft. Damit jede Familie frei wählen kann, wie der Familienalltag aussehen soll, sind flexible und familienfreundliche Arbeitszeiten wichtig. Dazu benötigt es erschwingliche Betreuungsplätze in der Nähe und eben eine Elternzeit, die im europäischen Vergleich mithalten kann. Eine Elternzeit ohne Ausbau für beide Elternteile, lediglich eine Flexibilisierung des bestehenden Mutter- und Vaterschaftsurlaubes, ist inakzeptabel und auch rechtlich nicht umsetzbar. Familien brauchen Zeit. Die GRÜNE-Fraktion ist für eine Elternzeit, welche den geltenden Mutter- und Vaterschaftsurlaub effektiv verbessert und einen Pflichtteil für beide Elternteile enthält.

Marina Bruggmann, SP: Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung dieser Motion. Es ist doch sehr erfreulich zu lesen, wie wichtig das Thema unserer Regierung ist. So steht in der Beantwortung: "Der Regierungsrat misst der Vereinbarkeit von Familie und Beruf grosse Bedeutung zu." Es wurden denn auch zwei – nur zwei – Massnahmen in die Richtlinien des Regierungsrates für die Legislaturperiode 2020–2024 aufgenommen. Weiter wird in der Beantwortung ausgeführt, dass mit der Erhöhung des Ferienanspruchs auch der Ferienbezug nach der Geburt vereinfacht werde. Aber Ferien dienen der Erholung und sollen nicht für die Zeit nach der Geburt eingesetzt werden müssen. Lange und ausführlich wird dann in der Beantwortung darüber berichtet, weshalb eine Elternzeit aber doch nicht realisiert werden kann. Der Hinweis, dass auf Bundesebene in den letzten Jahren zahlreiche Vorstösse für eine Elternzeit durch das Parlament abgelehnt wurden, rundet die Ausführungen ab. Ich danke den Motionären, dass sie das Thema erneut aufgreifen. Anscheinend benötigen wir in der Schweiz einfach etwas länger, um zu verstehen, was andere Länder um uns herum schon länger verstanden haben. Die Motionäre haben die Vorteile und den Gewinn ausführlich beschrieben. Eine Elternzeit fördert die Gesundheit des Kindes und die der Mutter, und sie unterstützt die Entwicklung des Kindes. Die Gesundheitskosten danken. Nein, eine Elternzeit bringt nicht einfach nur erhöhte Kosten. Dieses Argument ist sehr kurzfristig gedacht. Verschiedene Studien zeigen, dass sich eine Elternzeit positiv auf die Produktivität, den Umsatz und die Arbeitsmoral in den Unternehmen auswirkt. Es ist an der Zeit, dass wir vorwärts denken. Die SP-Fraktion empfiehlt einstimmig, die Motion erheblich zu erklären.

Patrick Siegenthaler, Die Mitte/EVP: Familien sind ein wesentlicher Bestandteil des Fundamentes unserer Gesellschaft. Erst kürzlich, an der letzten Grossratssitzung, haben wir uns darüber unterhalten, die Eigenbetreuung steuerlich sichtbar zu machen. In den damaligen Voten haben verschiedene von Ihnen immer wieder die vielbeachtete Studie

"Schweizer Familienbarometer 2024" von Pro Familia Schweiz erwähnt. Diese Studie, ich möchte mich da nochmals wiederholen, kommt zum Schluss, dass Familien grundsätzlich sehr pessimistisch in die Zukunft schauen. 79 % der Familien erwarten eine allgemeine Verschlechterung der Situation. Heute geht es nun um die Elternzeit. Wir haben damit eine nächste – eine komplett andere – Möglichkeit, unsere Familien zu entlasten. Auch bei dieser Initiative habe ich zwei Seelen in meiner Brust: jene als Familienvater und jene als ICT-Unternehmer; oder anders ausgedrückt: Die Bedürfnisse der KMU, der Wirtschaft, und jene der Familien. Ja, Ratskollege Simon Weilenmann, wir sind uns bewusst, dass diese Motion heute einen schweren Stand haben wird. Ich denke nicht, dass die Voten so weitergehen werden. Es wäre vermessen, das anzunehmen. Schauen wir ein bisschen über die Grenze. Da gab es erst kürzlich eine Diskussion im Zürcher Kantonsrat, ein sehr ähnlicher Vorstoss hat die Hürde genommen im Parlament. Die Diskussionen dort haben aber gezeigt, dass einfach viele Politiker im Grundsatz gegen weitere staatliche Massnahmen sind, und anderen wiederum die Entwicklungen zu weit gehen. Ich paraphasiere da eine Zürcher Ratskollegin: Sie spricht von einer Baby-Veränderung, die die Schweiz im Elternranking keinen Platz nach vorne bringen werde. Es gibt kaum Länder in Europa, die die bezahlte Elternzeit nicht kennen. Dafür gibt es gute Gründe, und die wissenschaftliche Evidenz für das Thema und die positiven Auswirkungen der Elternzeit sind mittlerweile weitestgehend unbestritten. Eine "löbliche" Ausnahme haben wir hier in der Schweiz. Auch nach dem kürzlichen Beschluss für einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub hinken wir den anderen Ländern weiterhin hinterher. Mutter- und Vaterschaftsurlaub sind um die Geburt angesiedelt und haben Erholung sowie die Gesundheit der Mutter und die Unterstützung der Familie durch den Vater im Fokus. Die Elternzeit dagegen entlastet die Familien in der vulnerablen Zeit der Familiengründung und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ratskollegin Marina Bruggmann hat es gesagt, die Elternzeit wirkt sich auch langfristig positiv aus. Wir haben eine verbesserte Bindungsqualität zwischen Kind und Eltern, und das macht die Kinder im späteren Leben schlicht und einfach resilienter. Nicht nur junge Familien profitieren von einer solchen Elternzeit. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass auch ökonomisch und gesellschaftlich ein grosses Interesse besteht, Rahmenbedingungen für junge Eltern zu schaffen, die es erlauben, ausgebildete Fachkräfte in der Erwerbstätigkeit zu halten. Auf der anderen Seite stehen die Auswirkungen für die KMU. Da haben wir folgende Situation: Grosse Firmen sind heute schon viel weiter. Sie geben ihren Mitarbeitenden zum Teil heute schon freiwillig 20 Wochen Elternzeit. Wenn Väter und Mütter bei einem KMU länger fehlen, kann das ein KMU in Schwierigkeiten bringen. Wenn Väter und Mütter aber erst gar nicht bei einem KMU zu arbeiten beginnen, haben wir noch ein viel grösseres Problem. Elternzeit ist nicht einfach ein Gratisurlaub. Im Kampf um Talente müssen KMU nachziehen, um wieder für gleich lange Spiesse zu sorgen. In unserer Fraktion wurde eine angeregte Diskussion entfacht. Es sei nicht Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen für Familien noch weiter zu optimieren, wurde gesagt;

und bei allen Sympathien gegenüber dem Anliegen, sei der Zeitpunkt im Moment einfach der falsche. Die finanzielle Situation sei in vielen Kantonen zu sehr angespannt. Andere wiederum sahen zu grosse Herausforderungen für die KMU, insbesondere die Stellvertreterregelung. Eine Minderheit unserer Fraktion möchte mit dieser Standesinitiative ein Zeichen aus dem Thurgau nach Bern senden, um die diversen Elternzeitanliegen, die im Nationalrat bereits auf der Traktandenliste stehen, weiter zu befeuern.

Nicole Zeitner, GLP: Es erstaunt, dass die gleiche Partei, die an der letzten Sitzung die Einführung des steuerlichen Eigenbetreuungsabzuges gefordert hat, nun mit einer Standesinitiative die Einführung einer nationalen Elternzeit fordert, um zeitgemässe Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Schweiz zu schaffen. Die GLP-Fraktion steht klar für eine moderne Gesellschaft und damit für eine fortschrittliche Familienpolitik, die den heutigen, vielseitigen Familienmodellen entspricht. Der Eigenbetreuungsabzug gehört hier nicht dazu. Die Einführung einer nationalen Elternzeit jedoch sehr wohl. Die aktuellen Regelungen zur Elternzeit sind veraltet und entsprechen nicht mehr den Anforderungen einer modernen Gesellschaft. Eine angemessene Elternzeit, die flexibel gestaltet werden kann und die eine faire Aufteilung zwischen Müttern und Vätern ermöglicht, ist längst überfällig. Gerne gebe ich Ihnen hierzu einige Argumente: Die berufliche Benachteiligung von Frauen nach der Geburt eines Kindes ist eine Tatsache, die nicht länger ignoriert werden kann. Frauen, die Mütter werden, erfahren oft Nachteile in ihrer beruflichen Laufbahn; besonders, wenn sie in Teilzeit arbeiten. Bis zum Zeitpunkt der Geburt verlaufen Bildungs- und Erwerbsbiografie von Mann und Frau identisch, doch mit der Geburt eines Kindes ändert sich dies in der Regel. Wie auch schon von Ratskollegin Petra Merz erwähnt: Erfahrungen aus dem Ausland zeigen zudem, dass die gesamte volkswirtschaftliche Arbeitsproduktivität mit der Einführung einer Elternzeit steigt. Elternzeit ist also eine Investition, die sich auch ökonomisch auszahlt. Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen (EKFF) hat zum Beispiel ausgerechnet, dass bereits eine Erhöhung der Müttererwerbstätigkeit um lediglich 1 % ausreichen würde, um eine 18–20-wöchige Elternzeit zu finanzieren. Es ist hier jetzt schon oft erwähnt worden: Kein anderes Land in Europa verzichtet auf die vielfältig positiven Auswirkungen einer Elternzeit. Aus diesen Gründen ist die Elternzeit eindeutig eine Win-Win-Situation, und zwar für unsere Gesellschaft und für die Familien. Gerade in der ersten Zeit nach der Geburt ist die innerfamiliäre Betreuung für die soziale und emotionale Entwicklung des Kindes besonders wichtig. Durch flexible Möglichkeiten für beide Elternteile ermöglichen wir eine gleichberechtigte Aufteilung der Verantwortung und stärken zugleich die Bindung zwischen Eltern und Kindern. Gleichzeitig profitiert die Wirtschaft. Eine Elternzeit bietet für die Familien optimale Startbedingungen für ebendiese flexiblen Arbeitsmodelle. Die grösste Herausforderung in unserem Land ist die Arbeits- und Fachkräftemangelsituation. Wenn man diese verbessern und dabei nicht primär auf Zuwanderung setzen möchte, sondern auf die Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials, dann

muss man die Personen in den Arbeitsmarkt bringen, die auch gerne arbeiten möchten und vielleicht aufgrund der veralteten und nicht zeitgemässen Strukturen bisher darauf verzichteten. Man geht davon aus, dass dies in der Schweiz rund 350'000 Personen betrifft. Die Unternehmen setzen auf Arbeitgeberattraktivität, um Fachkräfte zu gewinnen oder zu halten, dazu gehören auch attraktive Rahmenbedingungen für Familien, und hier ist nun auch die Politik gefordert. Die Elternzeit ist neben zahlbaren Kitaplätzen und der Individualbesteuerung ein wichtiges Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Die GLP-Fraktion ist aus diesen Gründen überzeugt, dass eine nationale Elternzeit nicht nur den Familien zugutekommen wird, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung unserer Gesellschaft und Wirtschaft leistet. Sie unterstützt daher einstimmig diese Initiative.

Peter Schenk, EDU: Die EDU-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung dieser Vorlage. Wir unterstützen Massnahmen, welche die originale Familie, bestehend aus Mutter, Vater und Kind, stärken. Die vorliegende Motion ist dazu unserer Meinung nach nur marginal dienlich, dazu ist sie unverhältnismässig und schädigend für den Wirtschaftsstandort. Vor der Tatsache, dass sich die globale Wirtschaft zunehmend volatil darstellt, sollten wir Augenmass walten lassen. Weitere Kosten gesetzlich zu generieren, die letztlich von den KMU und den Arbeitnehmenden kaum mehr zu bezahlen sind, sollten wir tunlichst vermeiden. Sollte sich jetzt bei Einzelnen im Saal der Eindruck eingeschlichen haben, ich sei ein "Jammeri", dem empfehle ich Folgendes: Gründen Sie in der jetzigen Zeit eine Unternehmung, werden Sie selbstständig, tragen Sie die Verantwortung und versuchen Sie, die jetzt schon sehr hohen Staats- und Allgemeinabgaben zu generieren. Sie werden unschwer feststellen, dass das eine enorme Herausforderung darstellt, und weitere finanzielle Belastungen, wie das die Motion will, zusätzlich erdrückend wären. Das nähme den Jungunternehmern zusätzlich Mumm und Freude an ihrem Tun, und genau das darf nicht geschehen. Wir müssen hier dagegenhalten und das junge, noch nicht finanzstarke Unternehmertum schützen. Das Ansinnen der Motionäre ist so gesehen nicht enkeltauglich. Nach meiner Beobachtung ist es so, dass fortschrittliche Arbeitgeber und mit Nachwuchs gesegnete Eltern nebst den existenten gesetzlichen Vorgaben bei situativ zusätzlichem Auszeitbedarf befähigt sind, dies bilateral zu regeln. Es benötigt dazu weder ein neues Gesetz noch den Staat. Alles, was es braucht, ist gesunder Menschenverstand und eine sich gegenseitig dienende Haltung. Die EDU-Fraktion empfiehlt darum, die Vorlage für nicht erheblich zu erklären.

Oliver Martin, SVP: Die SVP-Fraktion ist zusammen mit mir der Meinung, dass die momentan 14 Wochen Mutterschaftsurlaub sowie die zwei Wochen Vaterschaftsurlaub ausreichend sind. Die SVP-Fraktion steht unter anderem auch für das Wohl der Familien ein. Diese Initiative zielt jedoch weiter darauf ab, dass die Mutter möglichst schnell wieder zur Arbeit gehen soll. Besser wäre eigenverantwortliches Handeln der Eltern mit punktueller freiwilliger Unterstützung aus der Wirtschaft, sofern dies nötig ist. Mit diesem

Vorstoss wird die Fremdbetreuung weiter gefördert und hervorgehoben. Momentanes eigenverantwortliches Zurückstellen der Erwerbstätigkeit zugunsten des Kindes wird nicht geschätzt. Ich hinterfrage daher, ob bei dieser Initiative das Kindeswohl tatsächlich in Betracht gezogen wurde, oder ob eben vielmehr eigene Interessen im Zuge der Gleichberechtigung verfolgt werden. Und ich möchte wieder einmal festhalten, dass Mann und Frau nicht gleich sind. Warum kapiert das niemand? So viel zum Thema Gleichstellung Mann und Frau: Wir beide sind Menschen, wir sind gleichermassen wertvoll, und wir sind beide gleichermassen wichtig. Wir stehen auch ein für gleichen Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Leistung. Das ist keine Diskussion. Es braucht beide Geschlechter, und beiden gebührt Lob und Anerkennung. Mann und Frau sind jedoch nicht gleich – das sehen wir doch schon an unserem Körperbau. Sehen Sie sich doch einmal um. Auf Deutsch gesagt ist das ein Wunder der Schöpfung. Ich nehme ein Beispiel: Die Weltrekordhalterin im Gewichtheben in ihrer Klasse bis 63 Kilogramm Körpergewicht bringt 146 Kilogramm in die Höhe. Ihr männliches Gegenüber stösst bei etwa gleichem Körpergewicht ganze 37 Kilogramm mehr in die Höhe. Die Frau ist dafür in der Regel emotional einfühlsamer und bei vielen Tätigkeiten flinker und besser als wir Männer. Und wer das nicht glaubt, der soll mir bitte das Gegenteil beweisen. Die Begründungen für diese Initiative sind für mich realitätsfremd. Diese machen für mich den Anschein, dass jetzt auch die Väter Kinder gebären könnten. Dem ist aber nicht so. Es ist nach wie vor die Frau, die die Kinder zur Welt bringt. Die Frau ist unbestritten die wichtigste Bezugsperson in den ersten Lebensjahren. Die Frau kann dem Kind die Brust geben, was unbestreitbar die beste Ernährung für ein Neugeborenes ist. Die Frau ist diejenige, die den Mutterinstinkt in sich trägt und intuitiv weiss, was das Baby braucht. Sie ist diejenige, deren Körper gefordert wurde durch die Schwangerschaft und Geburt, und deshalb ist es wichtig, dass die Frau Ruhe und Erholung hat, damit sich ihr Körper wieder zurückbilden kann. All dies kann unmöglich der Vater übernehmen, selbst wenn er es noch so gerne wollte. Die grösste Hilfe des Vaters in dieser ersten Zeit ist, unterstützend und verständnisvoll an der Seite der Frau zu sein. Daher bestreite ich auch eine gewisse Vaterzeit nicht. Aber eine Gleichstellung von Mann und Frau beziehungsweise Vater und Mutter in diesem Bereich anzustreben und dazu eine nationale Elternzeit einzuführen, ist einfach weit von der Realität entfernt. Wir benötigen wieder mehr Eigenverantwortung und nicht noch mehr Gesetze, wie es die Motion fordert. Diese würde zu viel kosten und ist nicht tragbar. Aus diesen Gründen empfiehlt die SVP-Fraktion die Nichterheblicherklärung der Motion.

Michèle Strähli, FDP: Die Motion will, dass der Mutter- und Vaterschaftsurlaub von aktuell 16 Wochen auf 20 Wochen ausgebaut wird. Diese 20 Wochen sollen flexibel aufgeteilt und flexibel bezogen werden können, was gemäss Begründung der Motionäre zur Gleichstellung von Mann und Frau beitrage. Gleichzeitig fordert aber die Motion, dass die Mutter mindestens 14 Wochen Mutterschaftsurlaub beziehen muss oder darf. Da frage ich mich, wo ist da die Gleichberechtigung, wenn der Mutter zwingend 70 Prozent der

Elternzeit zustehen müssen? Unter Gleichberechtigung verstehe ich etwas anderes: Gleichberechtigung wäre, wenn beide Elternteile – auch wenn sie nicht den gleichen Körperbau aufweisen –, die Möglichkeit hätten, gleich viel Urlaub zu beziehen, sofern sie diesen nicht anders aufteilen wollen. Dies wäre zu begrüssen. Die vorliegende Initiative möchte aber nicht, wie uns weisgemacht wird, alte Rollenbilder aufbrechen, sondern die bestehende Ungleichbehandlung von Mutter und Vater geradezu zementieren. Die FDP-Fraktion und ich werden das Gefühl nicht los, dass es bei der Initiative einzig und allein darum geht, den Sozialstaat noch weiter auszubauen. Dieser mutiert langsam, aber sicher zum Selbstbedienungsladen: Höhere AHV-Renten, aber nicht länger arbeiten; mehr ärztliche Leistungen, aber sicher nicht höhere Prämien bezahlen; längeren Urlaub für frischgebackene Eltern, aber sicher nicht auf den Lohn verzichten. Es wird vom Staat immer mehr gefordert. Die Zeche für all diese Leistungen bezahlen vorwiegend diejenigen, welche arbeiten; und genau diese sind es, welche auch einen Ausbau der Elternzeit über höhere Erwerbsersatzordnungs-Beiträge finanzieren müssten. Und genau diese wären es auch, welche Ende Monat weniger zur Verfügung hätten. Die FDP-Fraktion lehnt einen weiteren Ausbau staatlicher Leistungen ab und appelliert an die Eigenverantwortung. Hierzu eine kurze Bemerkung: Es gehört heute fast schon zur Usanz, in jungen Jahren unbezahlten Urlaub zu beziehen, um die Reiselust zu stillen. Es wäre deshalb auch werdenden Eltern zumutbar, bei entsprechendem Bedürfnis selbst vorzusorgen, damit ein unbezahlter Urlaub – und damit eine längere Elternzeit – finanziell möglich wird. Bei den aktuellen Arbeitsmarktverhältnissen dürfte die Einforderung eines unbezahlten Urlaubs kaum Grund genug sein, einen Mitarbeiter zu entlassen. Die FDP-Fraktion wird deshalb die Vorlage geschlossen ablehnen.

Edith Wohlfender, SP: Ich gehe mit meiner Vorrednerin in einem Punkt nicht einig: Dass mehr Kinder nur dem Individuum respektive der Familie dienen. Mehr Kinder sind auch ganz wichtig für unsere Gesellschaft. Wir haben heute Vormittag gehört, dass wir eigentlich 2.1 Kinder pro Familie haben müssten und nicht nur 1.3, wie es aktuell der Fall ist. In meinem Votum geht es darum, was so eine Elternzeit mit Gleichstellung zu tun hat. Es ist richtig, diese Motion ist vielleicht nur ein Teilschritt zur Gleichstellung, aber da sind wir eben schrittweise unterwegs. Aktuell bilden wir junge Menschen gut aus. Junge Frauen und Männer arbeiten zielstrebig an ihrer beruflichen Laufbahn. Auch heute noch werden aber junge Frauen zurückgeworfen, wenn sie sich der Familienplanung widmen. Absurditäten wie das Einfrieren von Eizellen, das sogenannte "Social Freezing", sind eine Folge daraus. Als Grossmutter erlebe ich in meinem Umfeld, dass junge Männer gerne mehr Vaterzeit zur Verfügung hätten. Sie wollen gleichberechtigt ihre Kinder beim Aufwachsen begleiten. Dazu benötigt es seitens der Gesellschaft und der Arbeitgeber unterstützende Massnahmen. Vaterzeit dient der Gleichstellung der Frauen im Beruf; denn erst, wenn die Kleinkinderbetreuung paritätisch zwischen den Eltern zum Selbstverständnis wird, ist eine Gleichstellung zwischen Mann und Frau gegeben. Diese Aus-

sage stammt von einem jungen Vater. Geben wir mit der Unterstützung der Motion den jungen Eltern die Chance, ihr Wahlmodell zu leben, so wie sie es möchten, und nicht zuletzt auch zu ermöglichen, dass die Geburtenrate wieder steigt. Und ich hoffe sehr, dass dann meine Urenkel in einem gleichberechtigten Haushalt mit gleichberechtigter Betreuung aufwachsen.

Elina Müller, SP: Ich muss kurz auf ein vorangegangenes Votum eingehen: Ja, Frauen brauchen nach der Geburt Ruhe und Erholung. Und darum sollten eben die Väter Verantwortung übernehmen und zuhause bleiben können, um die Frauen in der ersten Zeit beim Haushalt und in der Betreuung der Geschwisterkinder zu entlasten. Klar kann man sagen, dass das Anliegen der Motion auf Bundesebene in den letzten Jahren schon mehrmals debattiert und abgelehnt wurde. Die Ablehnung im nationalen Parlament hat aber wahrscheinlich damit zu tun, dass junge Eltern im National- und Ständerat untervertreten sind. Familie und Arbeit, wie auch Familie und Politik, sind noch nicht gut vereinbar. Aber dass in den letzten Jahren politisch keine wirklichen Verbesserungen für mehr Elternzeit erreicht werden konnten, heisst nicht, dass es nicht ein grosses Anliegen wäre. Zum Frauenstreik – oder feministischen Streik – waren 2019 in der Schweiz 500'000 Menschen auf der Strasse, und letztes Jahr waren es 300'000 Menschen. Eine der Hauptforderungen war die Einführung einer Elternzeit. Ich lobbyiere deshalb für die vielen jungen Familien und jungen Menschen, die in den kommenden Jahren Eltern werden, für eine Elternzeit. Elternzeit und familienergänzende Kinderbetreuung dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beides sind Massnahmen für die Gesundheit der Kinder und junger Eltern, gegen Armut von Familien und gegen Fachkräftemangel. Bitte unterstützen Sie diese Standesinitiative für eine familienfreundliche Politik.

Regierungsrat Urs Martin: Ich war in meiner beruflichen Vergangenheit während sechs Jahren im Bundeshaus tätig und habe gesehen, wie die Standesinitiativen generell einen schweren Stand haben. Wenn dann ein Kanton einmal ein Anliegen überweist, dann geht es zuerst in den Ständerat und bleibt dort eine Weile hängen. Meistens scheitert es am Zweitrat. Wenn eine Standesinitiative von Erfolg gekrönt sein soll, dann sollte sie etwas thematisieren, was den Stand, in diesem Fall den Stand Thurgau, besonders auszeichnet und in Bern entsprechende Betroffenheit findet. Ich will damit sagen: Es bringt nichts, den gleichen Vorstoss, den die Zürcher schon im Februar überwiesen haben, auch als Thurgau noch einmal zu machen. Wir sollten als Thurgau mit Anliegen aufwarten, welche in Bern als neu wahrgenommen werden und die auch einen entsprechenden Widerhall finden. Und wir sollten dann nicht noch den 7. überwiesenen Vorstoss vorbringen, der dann mangels Behandlung abgeschrieben wird, weil ein anderer schon vorher in der Pipeline war. Das einmal zum Formellen. Zum Inhalt: Kantonsrat Peter Schenk hat das sehr schön geschildert. Wir belasten in einer unsicheren Zeit die Wirtschaft mit diesem Anliegen. Die Befürworter des Anliegens haben keine Worte darüber verloren, dass

dieses Anliegen nicht ganz günstig ist. Sowohl auf Bundesebene als auch beim Kanton sind die Finanzen nicht so rosig, wie sie es einmal waren. Deshalb ist jetzt wahrscheinlich nicht gerade der ideale Zeitpunkt, ein solches Anliegen, das auf Bundesebene Milliardenkosten verursachen würde, zu überweisen. Ich bitte Sie, das Anliegen abzulehnen.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion wird mit 71:43 Stimmen nicht erheblich erklärt.

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.